

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

23.10.1869 (No. 249)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. Oktober.

N. 249.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkrungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

† Dresden, 21. Okt. Abgeordnetenkammer. Abg. Israel brachte einen Antrag auf Anwendung des Einpennigtarifs bei dem Transport von Steinkohlen auf Staatsbahnen ein. Der Abg. Wigard beantragte Einführung der obligatorischen Zivilehe.

† Berlin, 22. Okt. Abgeordnetenhaus. Der Justizminister sucht um die Ermächtigung des Hauses zu gerichtlicher Verfolgung des Grafen Baudissin wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses nach. Wird an die Justizkommission verwiesen. Miquel und andere Hannoveraner bringen eine Interpellation wegen Abreise des Langensalza-Denkmal durch die Militärverwaltung ein.

† Wien, 21. Okt. Gestern überreichte der preussische Gesandte Frhr. v. Werther dem Kaiser in Wien sein Abberufungsschreiben. Herr v. Werther wird wahrscheinlich schon in acht Tagen auf seinen neuen Posten in Paris gehen. Als sein Nachfolger wird hier allgemein Oberst v. Schweinitz angesehen.

† Bern, 21. Okt. Nach sechsstündiger lebhafter Diskussion genehmigte auch der Nationalrath die Konzessionen der St.-Gothard- und Splügenbahn.

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Okt. Es wird uns aus Baden Nachstehendes mitgetheilt: Gestern den 21. Okt. Nachmittags 1/4 Uhr traf Se. Hoh. der Fürst von Rumänien, aus Neuwied kommend, in Baden ein. Der Fürst wurde am Bahnhof von dem Vize-Oberstallmeister von Holzling im Namen des Großherzogs empfangen und auf das großh. Schloss geleitet, wo Seine Hoheit Wohnung nahm. Um 5 Uhr fand bei S. M. dem König und der Königin von Preußen Familientafel statt, an welcher S. K. K. H. der Großherzog und die Großherzogin, sowie Se. Hoh. der Fürst von Rumänien theilnahmen. Nachts 1 Uhr reiste der Fürst zu seinen Eltern nach Weinburg ab.

Sonntag den 24. Oktober wird Se. Maj. der König von Preußen Baden verlassen, um nach Berlin zurückzukehren. Se. Majestät wird mit S. K. K. H. dem Großherzog und der Großherzogin im Laufe dieses Tages in Karlsruhe eintreffen, Abends der auf Wunsch des Königs stattfindenden Aufführung der „Meisterfänger“ anwohnen und in der Nacht die Reise fortsetzen.

S. K. H. der Großherzog hat dem Fürsten von Rumänien bei dessen erstem Besuch in Baden, der vor 14 Tagen stattfand, den Fidelitas-Hausorden verliehen.

Karlsruhe, 22. Okt. Der „Staatsanzeiger“ Nr. 29 enthält außer dem gestrigen Mittheilungen:

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Justizministeriums. Die Bitte des Johann Ochs von Keßing um Erlaubniß zur Aenderung seines Familiennamens in „Räpple“ betreffend. 2) Des Ministeriums des Innern: Die Staatsprüfung im Fortschritte für das Jahr 1869 betreffend. Der Anfang derselben ist auf Donnerstag den 9. Dezember d. J. festgesetzt.

München, 19. Okt. (Sch. M.) Nachdem in Landsbut und Freising während der jüngsten Tage Kasalle'sche Arbeiterversammlungen wegen vorgekommener unruhiger Auftritte hatten aufgelöst werden müssen, ist vorgestern die Polizei auch hier zu dieser Maßregel genöthigt worden, nachdem ein Redner beleidigende Aeußerungen gegen die Behörden ausgesprochen und der Vorsitzende die verlangte Korrektur zu geben sich geweigert hatte. Die Zahl der heiligen Kasalleaner, die niemals von Bedeutung gewesen, ist übrigens neuestens in raschem Abnehmen, da die Arbeiter, wie sie selber sagen, die Firtzhämer der ihnen so sehr angepriesenen Lehre und auch das wohl einsehen gelernt haben, daß die Apostel derselben nicht zu ihrem, der Arbeiter, sondern nur zu ihrem, der Apostel, Vortheil die Agitation betreiben.

München, 21. Okt. (M. Z.) S. M. der König und die Königin von Württemberg werden kommenden Samstag Abend hier eintreffen und einige Tage in München verweilen. Es ist das erste Mal, daß die königl. Majestäten von Württemberg unserem König in unserer Stadt einen Besuch machen.

München, 21. Okt. Die „Corresp. Hoffmann“ erklärt, daß bei den Besprechungen des Fürsten Hohenlohe mit den Delegirten der beiden sich gegenüberstehenden Kammerparteien gelegentlich der Kammerpräsidentenwahl von einer Aenderung der ministeriellen Politik, vom Aufgeben der bisher vom Ministerium festgehaltenen Grundsätze, vom Falllassen seiner Kollegen, von Berurtheilung des Schulgesetzes und Aehnlichem keine Rede gewesen sei, für Privatunterredungen Dritter sei der Minister nicht verantwortlich. Bei den bevorstehenden Landtagsverhandlungen werde der Staatsminister Gelegenheit nehmen, sich über seine Thätigkeit in der äußern Politik zu äußern und Rede und Antwort stehen.

† Berlin, 20. Okt. Mehrere Blätter behaupten, der im

Unterrichtsministerium ausgearbeitete Entwurf eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes werde in der jetzigen Session dem Landtage gar nicht mehr vorgelegt werden. Diese Behauptung ist durchaus unrichtig. Den bestimmtesten Versicherungen nach ist es unverändert die Absicht der Staatsregierung, den Entwurf des Unterrichtsgesetzes baldmöglichst dem Landtage vorzulegen. In Folge von gutachtlichen Aeußerungen der Oberpräsidenten werden einige Punkte des Entwurfs umgearbeitet. Dadurch ist bisher die Schlussberathung des Staatsministeriums über denselben verzögert worden. Diese Berathung wird aber demnächst stattfinden und dann unverweilt die Einbringung beim Abgeordnetenhaus erfolgen. Nach dem Ergebnis der Vorbesprechungen soll von Seiten des Staatsministeriums eine wesentliche Aenderung der Aufstellungen des Entwurfs nicht zu gewärtigen sein. — Die Kommission, welche im Auftrage der Regierung sich nach Schleswig begeben hatte, um an Ort und Stelle die Angelegenheit wegen Sicherung der dortigen Westküste gegen die zerstörenden Wirkungen der Meereswogen einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen, empfiehlt die Herstellung von Bodenbefestigungen, namentlich auf der Insel Sylt. Bereits sind Vorarbeiten hiezu im Gange. Wie verlautet, wird beim Landtage auf die Bewilligung der zur Ausführung dieses Schutzwerkes nöthigen Geldmittel angetragen werden.

† Berlin, 21. Okt. Wie verlautet, wird der Kronprinz am Dienstag den 26. Okt. in Konstantinopel eintreffen. Der neuernannte Vertreter des Norddeutschen Bundes bei der Osmanischen Porte, Graf v. Keyserlingk, hat sich bereits von Bulgareff aus auf seinen Gesandtschaftsposten nach Konstantinopel begeben, um den Kronprinzen bei seiner dortigen Ankunft zu empfangen. Se. königl. Hoheit dürfte sich etwa acht Tage in der türkischen Hauptstadt aufhalten.

Am Montag den 25. d. M. wird der Geh. Legationsrath v. Reubell nach Egypten abreisen, um an den schon erwähnten internationalen Konferenzen Theil zu nehmen, welche in Kairo stattfinden sollen. Seine Rückkehr nach Berlin wird wahrscheinlich zu Anfang Dezember erfolgen. Unter den notablen Persönlichkeiten, welche von hier zur Eröffnung des Suezkanals nach Egypten reisen, befindet sich der Generalleutnant v. Gysel, Direktor der Kriegsakademie. Derselbe hat die Reise dorthin schon angetreten, und zwar mit mehrmonatlichem Urlaub. — Dem Vernehmen nach ist die unlangst in Königsberg in Pr. erfolgte Konfiskation von zwei Zeitungen, welche eine Komitee-Erklärung über den Unglücksfall auf der dortigen Schloßthorbrücke veröffentlichten, vom Minister des Innern durch eine besondere Rundgebung getadelt worden.

Einige Blätter behaupten, der Ministerpräsident Graf v. Bismarck sei ein Gegner der vom Finanzminister v. d. Heydt zur Deckung des Defizits im Staatshaushalte beim Landtag eingebrachten Anträge auf Bewilligung von Steuerzuschlägen. Diese Behauptung findet ihre Widerlegung in augenscheinlichen Thatfachen. Bekanntlich hat Graf Bismarck bei den Verhandlungen des norddeutschen Reichstages über verschiedene Steuervorlagen ausdrücklich erklärt, daß im Fall der Verwerfung dieser Vorlagen zur Gewinnung von Mehreinnahmen in Preußen eine Erhöhung der Steuern eintreten müsse. Auch war es Graf Bismarck, welcher gleich nach dem Schlusse des Reichstages eine alsbaldige Einberufung des preussischen Landtags in Aussicht nahm, um mit demselben über die Beschaffung der Mittel zur Befriedigung des staatlichen Mehrbedarfs zu verhandeln. Der Plan wegen Abhaltung einer so beschleunigten außerordentlichen Landtagssession wurde dann später wieder aufgegeben. Niemand sind aber Anzeichen hervorgetreten, aus denen sich entnehmen ließe, daß der Ministerpräsident von dem Gedanken zurückgekommen wäre, die Deckung des Defizits vorwiegend in Steuerzuschlägen zu suchen. Gerade er hat diesem Gedanken zuerst öffentlich Ausdruck gegeben.

Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 20. Okt. Mit der ohne einen Schwertstreich vollzogenen Besetzung der Höhen von Risano durch die Truppen hält man hier die Dinge in Dalmatien militärisch für entschieden. Die betreffenden Behörden haben aber die bestimmte Weisung, nur im äußersten Falle zum Ausmarsch zu schreiten, und gestützt auf eine Machtentfaltung, welche den Injurgen die Hoffnungslosigkeit jeder weiteren Aktion klar machen muß, freilich die unbedingte Niederlegung der Waffen zu fordern, aber im Uebrigen die erdenklichste Milde walten zu lassen.

† Wien, 20. Okt. Die Truppen in Dalmatien, durch vier an der Küste kreuzende Kriegsschiffe gestützt und gedeckt, sind im Vorrücken begriffen; sie haben die Weisung, sobald der Kampf unvermeidlich geworden, ihn mit der größten Energie zu führen. Der Fürst von Montenegro hat übrigens nochmals und in der bestimmtesten Weisung die Zusicherung erteilt, daß er strengstens bedacht sein werde, dem Aufstand seinerseits jede materielle oder auch nur moralische Unterstützung zu entziehen. — Die Wiedereröffnung des Reichsraths wird erst dann erfolgen, wenn der Kaiser — gegen Ende November — aus dem Orient zurückgekehrt ist.

Italien.

* Rom, 20. Okt. Der König und die Königin von Neapel sind, von Nizza kommend, auf der österreichischen Nacht „Greif“ heute in Civita Vecchia eingetroffen. — Es sind heute 96 in Canada rekrutirte päpstliche Zuaven in Rom angekommen.

Frankreich.

Paris, 20. Okt. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Bei den jetzigen Parteimühen gemitte es den Anschein, daß es schließlich doch noch zu einem Zusammenstoß am 26. Oktober kommen könnte, dann aber gnade Gott den armen Verführten, die sich durch die Schreier der Klubs leiten und gegen die Chassepots führen lassen. Die Ernennung Bazaine's, merikanischen Angebentens, zum Kommandanten der Garde an Stelle Regnaud's de St. Jean d'Angely, der sich schon am 24. Februar 1848 nicht als zuverlässig der Emeute gegenüber bewiesen, ist ein sicherer Fingerzeig für Das, was die etwa Manifestirenden zu erwarten haben. Sind es doch hauptsächlich zwei Dinge, mit denen Napoleon III. sich in Compiegne fast ausnahmslos beschäftigt: nämlich einmal philanthropische Ideen zur Bekämpfung des sozialen Spesenstes auf praktischem Gebiete (die Artikel, welche der hochoffizielle „Peuple Français“ jetzt darüber serienweise publizirt, bezeichnen gleichsam die Spur des Weges, den der Kaiser einschlägt, um seine Studien über die Vernichtung des Pauperismus gesellschaftlich nutzbar zu machen). Ferner aber macht der Kaiser kein Geheimniß aus dem energischen Entschluß, einer bewaffneten Revolution mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bis zum letzten Athemzuge Widerstand zu leisten, und die Voraussicht ist sogar so weit getrieben, daß ein ganzer Plan des Rückzuges aus Paris existirt, für den Fall, daß die Hauptstadt für die Regierung verloren gehen sollte, wonach dann mit Zufuhrnahme der Truppen der Provinz allen Erstes eine vollständige Operation gegen Paris organisiert werden würde. Freilich, der Maire des Faubourg St. Antoine (zwölftes Arrondissement) erklärt, daß alle „guten“ Arbeiter seines Viertels entschlossen seien, am 26. d. M. nicht zu feiern und sich an keinerlei Straßenaufzug zu betheiligen; aber der ehrenwerthe Beamte vergißt, zu sagen, was die „schlechten“ Arbeiter an jenem Tage zu thun gedenken. Und da diese ja gewöhnlich die Mehrheit bilden, so liegt gerade darin die Gefahr. Die Führer der 116 haben, wie verlautet, bei ihren Besinnungsgeossen schriftlich anfragen lassen, ob sie geneigt wären, sich über die zwei folgenden Punkte in ihrem Sinne zu entschließen: 1) nach Zusammentritt der Kammern das gegenwärtige Cabinet durch ein Tadelvotum zu stürzen; 2) ein persönliches Tadelvotum gegen Hausmann zu unterfragen. Es scheint, daß diese Vorschläge bisher von den Befragten sehr günstig aufgenommen worden seien.“

* Paris, 21. Okt. Der Kaiser wird für den 25. d. in Paris erwartet. — Aus Konstantinopel gehen der „Patrie“ folgende Mittheilungen über die Lage zu: Die Reise des Sultans nach Suez beschäftigt alle Welt. Der Sultan hat seine Minister zu Rathe gezogen, welche bejahend geantwortet haben; trotzdem ist dem Großvezir der Befehl noch nicht zugegangen, die Reise den Botschaftern offiziell anzukündigen. So lange diese Formalität nicht erfüllt ist, bleibt die Reise bloßes Projekt; man trifft übrigens für dieselbe alle nothwendigen Vorbereitungen.

Der „Gaulois“ bringt folgende Mittheilungen über den augenblicklichen Stand des Strikes der Kommis der Nouveaux-Geschäften: In den Detailgeschäften dieser Art gibt es 12,000 Kommis; davon haben jetzt 8000 ihre Comptoirs verlassen; die 4000 Verbliebenen theilen sich so ein: 1200 Kommis für die Konfektion für Männer, 2800 für spezielle Artikel. Außerdem haben sich dem Strike 109 Kassierer, Rechnungsführer, Chefs de Rayon u. angeschlossenen, welche Zahl leicht noch sehr zunehmen könnte. Dieser Zustand der Dinge ist, wie man sieht, ernst.

Es geht das Gerücht, daß nächsten Sonntag eine große Revue stattfinden und zugleich das „Offizielle Journ.“ die Welt mit einem kaiserl. Manifest überraschen soll.

In dem heute in Compiegne abgehaltenen Ministerrath wurde die Frage berathen, ob der Gesetzegeb. Körper am 8. Nov. statt am 29. Nov. zur Beendigung der außerord. Session vor Beginn der ordentlichen einberufen werden soll. Der „Patrie“ zufolge hat das Datum des 8. Nov. nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. Der Einfluß des Hrn. Schneider scheint übrigens den des Hrn. Rouher zu überwiegen. Das jetzige Cabinet ist bestimmt, die Session zu eröffnen, nur spricht man von dem Rücktritt der Hh. Forcade und Gressier.

Der „France“ zufolge wäre der Tagesbefehl des Marschalls Bazaine an die kaiserl. Garde, von welchem in mehreren Blättern die Rede gewesen ist, und dessen energischer Ton der Ansicht der „Gaz. de France“ zufolge eine Verwarnung für die Anführer des Manifestes vom 26. d. M. sein soll, noch gar nicht erlassen worden. Marschall Bazaine wird erst morgen in Paris eintreffen.

Der Kommandant der Nationalgarde des Seine-Departements, General d'Orville d'Autemarre, hat heute die

Offiziere und den Generalstab der Nationalgarde empfangen. — Rente 71.35, Cred. mob. 195.75, ital. Anl. 53.

Spanien.

* Madrid, 19. Okt. Man schreibt der „Corresp. Havas“:

Die Uebergabe von Valencia hat dem republikanischen Aufstande den letzten Schlag verfeßt. Wir werden noch während einiger Wochen kleine Banden die Provinzen, in denen die Bewegung ausgebrochen ist, durchziehen sehen, allein das hat keine Bedeutung mehr, die Banden werden das Feld nicht lange halten können. Die Cortes, die auf unbestimmte Zeit vertagt worden waren, sollen in kurzem wieder zusammentreten und namentlich die Gesetzentwürfe über die spanischen Eisenbahnen in Beratung nehmen. Hierauf werden sie sich mit definitiver Konstituierung der Regierung durch die Wahl eines Königs beschäftigen. Die vorhandenen Thronkandidaten sind der Herzog von Genua, der König Ferdinand von Portugal, der Herzog von Montpensier und ein preussischer Prinz. Die Majorität der Cortes scheint für den Herzog von Genua günstig gestimmt, welcher von dem progressivsten Element des Kabinetts unterstützt wird. Ein Theil der unionistischen Minister wünscht den Herzog von Montpensier, allein es steht zu hoffen, daß die Staatsmänner dieser Gruppe sich aus Versehen dem Kandidaten der Majorität anschließen werden, möge dies nun der Herzog von Genua oder der König von Portugal sein, denn viele Männer sind der Ansicht, daß dieser Fürst endlich doch noch die spanische Krone annehmen wird. Man muß sich erinnern, daß vor acht Monaten die Unionisten eingewilligt hatten, diesen Kandidaten zu unterstützen, der mit großer Majorität von den Cortes gewählt worden wäre, wenn die portugiesische Regierung nicht ihrem Vertreter in Madrid die kategorische Weigerung König Ferdinands, die spanische Krone anzunehmen, die ihm noch nicht einmal angeboten worden war, zu erkennen gegeben hätte. Wenn diese Vereinigung der Parteien nicht stattgefunden und jede ihren bevorzugten Kandidaten aufrecht erhielt, so würde Spanien noch ein langes Provisorium unter der Regentschaft des Marschalls Serrano vor sich haben, der sich übrigens durch seine Redlichkeit und Mäßigung die Achtung aller Parteien zu erwerben gewußt hat.

Belgien.

Brüssel, 21. Okt. (Fr. J.) Die Nachricht von dem Rücktritt des Justizministers Varré ist unrichtig. — Große Aufregung verursacht hier die in der Nacht am Donnerstag auf Freitag vorgefallene Ermordung zweier Frauenspersonen (Mutter und Tochter). Die beiden Leichen sind erst gestern gefunden worden.

Rußland und Polen.

** St. Petersburg, 19. Okt. Der Termin für die Rückkehr des Kaisers aus der Krim hat neuerdings wieder eine Aenderung erfahren. Wie jetzt versichert wird, stände die Ankunft desselben hier in Petersburg erst am 5. Novbr. zu erwarten. Die Nachrichten über das Befinden der Kaiserin lauten günstig. Schon vor einigen Wochen ist das bedenkliche Fieber verschwunden. Seitdem zeigt sich eine langsam, aber regelmäßig fortschreitende Besserung.

Großbritannien.

London, 21. Okt. Gladstone erklärt in einem Briefe, daß er die Freilassung der gefangenen Fenier als pflichtwidrig und sicherheitsgefährlich verweigern müsse.

Amerika.

* New-York, 20. Okt. (Franz. Kabel.) Der „Hornet“, welcher als cubanischer Korsar festgenommen worden war, ist von den Gerichtsbehörden von Wilmington wieder freigegeben worden, aber darauf hat ihn die Marineverwaltung wieder mit Beschlag belegt. Die Offiziere werden gefangen gehalten.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 22. Okt. Zu unserm gestrigen Bericht über die Verhandlung der Zweiten Kammer haben wir nachzutragen:

Nach dem Ministerpräsident v. Freydrich erhielt der Abg. Schmezer das Wort, welcher dem Vertrag zustimmte, jedoch auf das Ungenügende desselben, besonders in § 10 hinwies, wonach es jeder der kontrahierenden Regierungen frei stehe, wenn sie sich den Beschlüssen der übrigen nicht fügen will, einfach ihre Gründe anzugeben; in dieser Weise hätten die Regierungen schon zu Zeiten des früheren deutschen Bundes gehandelt, man habe deshalb auch nichts zu Stande gebracht, nicht einmal eine gleiche Bewaffnung der deutschen Truppen; er hoffe, daß durch den jetzigen Vertrag mehr bewirkt werden möge.

Abg. v. Feder: Der vorliegende Vertrag habe eine Bedeutung nach außen, eine nationale, und eine nach innen.

Bezüglich der ersteren betrachte er den Vertrag als einen tatsächlichen Anfang der Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbund; die Regierungen seien auf dem Weg vorgegangen, der, weil durch die öffentlich rechtlichen Verträge ermöglicht, der beste sei; nur auf diesem Wege könne ein Resultat erzielt werden; er habe deswegen gegen diese Seite des Vertrags keine Einwendung zu machen.

Hinsichtlich der innern Seite jedoch sei der durch den Vertrag geschaffene Zustand für die Dauer unhaltbar. Die Unterhaltung von Kastatt beschwere Baden zu sehr und immer mehr, je mehr neue Anschaffungen im Laufe der Zeit gemacht werden müßten, da Baden das bewegliche Material allein anzuschaffen habe. Da nun Kastatt nicht, wie Landau und Ulm, nur das betr. Land schütze, sondern als Grenzfestung mehr eine allgemeine deutsche Bedeutung habe, so sei es billig, daß auch die andern deutschen Staaten an der Unterhaltung derselben einen Anteil trügen. Er spreche daher den Wunsch aus, die Groß-Regierung möge dahin wirken, daß dies geschehe, und daß, wenn Norddeutschland sich weigere, wenigstens Süddeutschland zu den Lasten der Unterhaltung beigezogen werde.

Abg. Kusel erklärt sich ebenfalls für den Vertrag, bemerkt aber nur, daß man nicht immer hervorheben soll, daß die 3 süddeutschen Staaten mit dem Nordbund denselben abgeschlossen, sondern einfach sagen, 4 Staaten haben es gethan.

Abg. Lamey: Der Vertrag sei ein Bedürfnis der Zeit, hervorgegangen aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit Deutschlands gegenüber dem Ausland. Was die von dem Abg. v. Feder berührte Unterhaltungsfrage der Festung Kastatt betreffe, so müsse, wenn ganz Deutschland an der Unterhaltung von Kastatt partizipiere, auch Baden an der Unterhaltung der übrigen deutschen Festungen einen Theil tragen, und es frage sich, ob dann Baden nicht viel mehr bezahlen müsse, denn die jetzt zu leistenden Summen seien nicht sehr groß, könnten es aber ändern falls werden.

Abg. Lender: Er stimme für den Vertrag, weil er darin ein Zusammengehen der Regierung mit den übrigen süddeutschen Staaten erblicke. Art. 10 des Vertrags und die Kundbarkeit desselben seien ein Schutz gegen etwaige Verneinungen Badens.

Abg. Kiefer stimmt gleichfalls dem Vertrag zu und hebt hervor, daß Baden noch nie etwas gethan habe, an das sich Bayern und Württemberg nicht hätten anschließen können. Der Vertrag befände von neuem, daß Süddeutschland für sich allein nichts ausrichten könne, sondern daß man eben immer der Hilfe Norddeutschlands bedürfe.

Abg. v. Sulat schließt sich den Ausführungen v. Feders an und stellt deshalb folgenden Antrag als Zusatz zu dem Kommissionsantrag:

„Die Groß-Regierung möge Sorge tragen, daß an dem Aufwand für die Festung Kastatt auch die übrigen deutschen Staaten einen entsprechenden Theil zu tragen haben.“

Ministerialpräsident v. Freydrich: Er wolle nur bezüglich der Ausführungen der Abgg. v. Feder und v. Sulat bemerken, daß es auch der Wunsch der Regierung sei, eine Vereinbarung über Unterhaltung der Festungen mit sämmtlichen deutschen Staaten zu Stande zu bringen, und sie werde sich nie weigern, einer desfallsigen Uebereinkunft beizutreten; so lange jedoch eine solche nicht vorhanden, werde Baden auch weiterhin keine größeren Summen zur Unterhaltung von Kastatt aufwenden müssen, wie jetzt, und der jetzige Aufwand sei sogar geringer, als derjenige zu Zeiten des deutschen Bundes; jedenfalls werde Baden durch eine solche Uebereinkunft nicht in eine bessere finanzielle Lage kommen bezüglich der Unterhaltung von Kastatt, als es jetzt sei, wo es diese Festung allein zu unterhalten habe.

Abg. v. Feder unterläßt den Antrag v. Sulat's; Abg. Friedrich tritt demselben entgegen; ebenso Abg. Lamey.

Abg. Baumstark: Er stimme aus vollem Herzen gegen den Vertrag, da er, wie der Vertrag über die militärische Freizügigkeit, eine Konsequenz der Politik der Regierung sei, welcher er feindlich gegenüberstehe. Der Vertrag sei auch materiell in keiner Weise gut; er erinnere nur daran, daß derjenige Staat, welcher den Beschlüssen der übrigen nicht folgen wolle, einfach seine Gründe angeben brauche; er halte es für das Beste, wenn gar kein Vertrag abgeschlossen worden wäre. Was den Schutz Süddeutschlands nach außen betreffe, so sei dieser nicht bei Preußen, sondern immer nur bei Oesterreich zu suchen, so lange nicht auch Deutsch-Oesterreich unter die Herrschaft Preußens gebracht sei.

Abg. Rothbart betrachtet den Vertrag als eine Konsequenz der Gemeinschaft der deutschen Festungen und als Konsequenz der abgeschlossenen Allianzverträge.

Nachdem der Berichterstatter Abg. Busch noch einige Bemerkungen bezüglich des Kommissionsantrags gemacht, wurde dieser, wie bereits mitgetheilt, mit allen gegen 3 Stimmen angenommen, der Antrag des Abg. v. Sulat dagegen mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt und hierauf die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Kirsner erstattete der Abg. Lamey den Kommissionsbericht über die am 15. d. M. in dem Bezirk Freiburg-St. Peter vorgenommene Abgeordnetenwahl, bei welcher im 2. Wahlgang Hr. Landeskommissär Winter in Freiburg mit 22 gegen 18 Stimmen gewählt wurde, und stellte den Antrag, die Wahl für unbeanstandet zu erklären.

Abg. Lindau stellte den Gegenantrag, die Wahl für ungültig zu erklären. Denn gemäß § 37 der Verf.-Urkunde seien auch die Landeskommissäre unter den in ihren Bezirken nicht wählbaren Bezirksbeamten zu verstehen, wenn auch der Wortlaut der Verfassungsurkunde nicht ausdrücklich dies enthalte. Hätten jedoch zur Zeit der Abfassung der Verfassungsurkunde schon Landeskommissäre bestanden, so wären diese sicher unter den in ihren Bezirken nicht wählbaren genannt worden. Der Grund des Gesetzes sei jedenfalls zutreffend, denn die Landeskommissäre hätten noch eine viel größere Macht als die Bezirksbeamten; er wolle nur an die Disziplinargewalt derselben, sowie an die Befugnis erinnern, in allen Bezirksratsbeschlüssen den Vorsitz zu führen u. s. w. Auch sei gerade bei dieser Wahl ein Einfluß nachzuweisen. Er bittet deshalb, seinen Antrag anzunehmen.

Staatsminister Dr. Jolly: Nach der ganzen Ausführung des Abg. Lindau müsse die Wahl für gültig erklärt werden, da ja das Gesetz, wie Abg. Lindau selbst zugebe, nirgends die Wahl der Landeskommissäre verbiete. Auch der Grund des Gesetzes sei nicht für den Gegenantrag, denn es sollen nur jene Bezirks- und Lokalbeamten ausgeschlossen sein von der Wählbarkeit, welche stänbig mit dem Volk in Berührung kommen und ihren Einfluß unmittelbar geltend machen können. Er erinnere daran, daß auch die früheren Regierungsdirektoren, die doch bekanntlich eine viel größere Macht hatten als die Landeskommissäre, in ihren Bezirken wählbar waren. Es sei unrichtig, daß die Landeskommissäre in allen Bezirksratsbeschlüssen den Vorsitz führen dürften, denn bei Verwaltungsstreitsachen dürften sie nicht einmal mitberathen, sondern nur einfach beizuhören, wie jeder andere Zuhörer auch. — Wenn man das von dem Abg. Lindau Gesagte als richtig annehme, so dürfe auch er — Jolly — als Abgeordneter nicht gewählt werden, denn das ganze Land sei sein Bezirk, und doch sei er gewählt worden und es habe sich keine Stimme dagegen erhoben; auch wäre dann die Wahl des Abg. Lender auch ungültig, da derselbe als Dekan, also als geistlicher Vorstand, auch von einem Theil seines Bezirks gewählt worden sei. —

Er bittet deshalb, den Kommissionsantrag ohne Diskussion anzunehmen.

Abg. v. Feder: Ohne sich auf die Umstände dieser Wahl näher einzulassen, stimme er aus juristischen Gründen für den Gegenantrag, die Wahl für ungültig zu erklären. Nach dem Geist des Gesetzes seien die Landeskommissäre auch Bezirksbeamte, denn sie verkehren als Einzelbeamte auch direkt und unmittelbar mit den Leuten ihres Bezirkes, was aus ihren gesetzlich normirten Befugnissen hervorgehe; die früheren Regierungsdirektoren seien dagegen nur Vorstände von Kreisen gewesen, die nicht in direktem Verkehr mit ihrem Bezirk waren. Es liege deshalb der Grund des Gesetzes vor und müsse diese Wahl für ungültig erklärt werden.

Abg. Kusel führt aus, daß die früheren Regierungsdirektoren ebenfalls die ersten Verwaltungsbeamten ihres Bezirkes waren, die meist selbständig handelten und nur in wenigen gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen an die Zustimmung des Kollegiums gebunden waren, und daß sie trotzdem in ihren Bezirken wählbar waren und gewählt wurden; er erinnere an die Regierungsdirektoren Kettig, Schaaß, Böhm, welche lange Zeit als Vertreter ihrer Bezirke in diesem Hause saßen.

Abg. Husschmid macht darauf aufmerksam, daß bei Redigirung der Verfassungsurkunde noch keine Regierungsdirektoren, sondern Kreisdirektoren als Einzelbeamte die ersten Verwaltungsbeamten ihres Bezirkes waren, und daß trotzdem die Verfassungsurkunde ihre Wählbarkeit nicht beanstandet habe.

Berichterstatter Abg. Lamey: Es liege kein gesetzlicher Grund vor, die Wahl für ungültig zu erklären, sondern die Verfassung spreche klar und bestimmt aus, daß nur die stets in unmittelbarem Verkehr mit ihrem Bezirk stehenden und stänbig im Bezirk wohnenden Bezirks- und Lokalbeamten in ihren Bezirken nicht wählbar seien; diese Gründe seien aber beide nicht anwendbar auf die Landeskommissäre. Das Haus habe diese Frage schon früher erörtert und sich dahin ausgesprochen, daß die ehemaligen Regierungsdirektoren, die doch eine bedeutend größere Macht besaßen, als die Landeskommissäre, in ihren Bezirken wählbar seien, da der Grund des Gesetzes nicht auf sie anwendbar sei. Ebenso sei es heutzutage mit den Landeskommissären. Wollte man den Gegenantrag annehmen, so müßte auch der Abg. Lender aus dem Hause austreten in konsequenter Verfolgung des aufgestellten Prinzips. — Schließlich wiederholt er den gestellten Kommissionsantrag.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde der Gegenantrag Lindau's mit allen gegen 4 Stimmen — v. Feder, Baumstark, Bissing, Lindau — abgelehnt, folglich der Kommissionsantrag mit allen gegen diese 4 Stimmen angenommen, und sodann die Sitzung geschlossen.

Bermischte Nachrichten.

— Aus München, 18. d., wird der „N. Fr. Presse“ geschrieben: Der Ausspruch des Ehegerichtes, wodurch Hr. v. Bülow, der ehemalige bayrische Hofkapellmeister, von seiner Frau geschieden wurde, ist nun endlich erfolgt, und die Schritte, welche der Abbe Pöschel, der Vater der Frau, zur Verhinderung der Scheidung gethan hatte, haben sich demnach als resultatlos erwiesen. Die Schuld der Frau Baronin lag eben doch zu offenkundig da, als daß sich der Einfluß des Abbes noch geltend machen konnte. Hr. v. Bülow hat sich durch die traurigen Erfahrungen, welche er in der letzten Zeit in seiner Familie und bei seinem von ihm unendlich hochverehrten Gönner und Meister Wagner (wie ihn Bülow selbst zu nennen pflegte) gemacht hat, die verlorenen Sympathien der Münchener neuerdings erworben, und man würde es hier mit Vergnügen sehen, wenn er wieder die Direktion der k. Musikhochschule übernehme.

— München, 21. Okt. Die „Neuest. Nachr.“ bringen folgende Notizen über den Lebensgang des soeben verstorbenen Abg. Grater. Karl Grater, geboren 1819 in Ansbach, studirte in Erlangen, Heidelberg und Würzburg, arbeitete seit 1841 in der juristischen Praxis, wurde Ende 1847 ins bayrische Justizministerium berufen, 1848 in Nördlingen zum rechtskundigen Bürgermeister erwählt, legte jedoch schon 1850 dieses Amt nieder, um sich ganz dem Volk zu widmen, begründete nun die Blätter für administrative Praxis in Bayern, theilte sich seit 1856 in München an der Redaktion des von Buntschl herausgegebenen deutschen Staatswörterbuchs, für welches er viele glänzende Artikel schrieb, rief 1858 die Zeitschrift für Gesetzgebung und Verwaltungsreform, und später die Wochenchrift der bayrischen Fortschrittspartei ins Leben, und gab seiner literarischen Opposition gegen das Ministerium Reigersberg besonders in der aufsehen erregenden Schrift: Regierung und Volkvertretung in Bayern (Nördlingen 1858), Ausdruck; wurde hierauf in Nürnberg von der vereinigten liberalen und demokratischen Partei in die Kammer gewählt, der er seitdem angehörte, half 1859 den Nationalverein stiften, gründete zu gleicher Zeit in München die „Süddeutsche Zeitung“ (1862 nach Frankfurt a. M. verlegt), entwarf 1863 nach Auflösung der Abgeordnetenversammlung das Wahlprogramm der bayrischen Fortschrittspartei, ward in Nürnberg abernals erwählt, und befaß sich Ende 1863 unter den Landtags-Mitgliedern, welche die deutsche Abgeordnetenversammlung vom 21. Dez. nach Frankfurt beriefen. Er war Mitglied vieler Ausschüsse der Kammer der Abgeordneten, und leistete als Referent über die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten Großes für das Vaterland.

* In Freiburg, 20. Okt. Der Kriminalsenat des Appellationsgerichts hat das freisprechende Erkenntnis des Kreisgerichts zu Löffel in dem Frengel'schen Freiprozesse verworfen und Frengel als Verfasser des inkriminirten Artikels im „Bürger- und Bauernfreund“ schuldig erkannt, durch öffentliche Verbreitung erdichteter und entstellter Thatsachen die Obrigkeit dem Haße und der Verachtung ausgelegt, resp. obrigkeitliche Anordnungen öffentlich geschmäht und Mitglieder des Ministeriums öffentlich beleidigt zu haben. Das Urtheil erkennt gegen Frengel auf 150 Thlr. Geldstrafe, event. 2 Monate Gefängnis; gegen den Verleger Post in Löffel wegen Theilnahme auf 20 Thlr. Geldstrafe, event. 7 Tage Gefängnis, und gegen den Redakteur Simpfon auf 10 Thlr. Geldstrafe, event. 4 Tage Gefängnis.

— Der österreichischen Armee und Marine ist endlich die längst gewünschte Parität gewährt worden. Künftig sind nicht bloß Schnurrbärte, sondern auch Vollbärte gestattet, jedoch nur in solcher Länge, daß die Distinktionzeichen nicht verdeckt werden. Die französischen Centiquatres und die sogenannten „Schulterbärte“ (Gambacher?) bleiben auch in Zukunft unterlagt.

Wien, 21. Okt. Der bisherige außerord. Professor an der Universität Heidelberg Dr. Heine ist als ordentlicher Professor der Chirurgie und chirurgischen Klinik an die Universität Innsbruck berufen.

Paris, 19. Okt. Der seit zwei Tagen ausgebrochene Strike der Commis in den Nouveautés-Magazinen nimmt stets größere Verhältnisse an. Es handelt sich bei demselben um eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf zwölf Stunden. Vorgesetzt ist die Arbeitseinstellung in den Magazinen Cote de Rue, Printemps, Troisquartiers, alles de France, Louvre und Pygmalion eingetreten; für gestern sollten die Commis des Grand Condé, der Deux Magots und des Pavure diable sammt und sonders austreten. In den Magazinen Bon Marché, Saint Joseph, de la Paix Statues de St. Jacques, Ville de Paris, Petit St. Thomas herrscht dagegen zwischen Commis und Prinzipalen gutes Vernehmen. Das Syndikat der Patrone hat, wie in einer Versammlung der feiernden Commis im Cirque Impérial am vergangenen Sonntag bekannt gemacht wurde, die Forderung einer abgeklärten Arbeitszeit einfach abgelehnt. Die Zahl der in den einzelnen Magazinen beschäftigten Commis erreicht in vielen Fällen die fünfshundert, deren Gehalt von 300 bis 6000 Fr. steigt. Die Eigentümer von Nouveautés-Magazinen füllen die Pariser und Provinzial-Zeitungen mit dringenden Anzeigen, um ihr Personal zu ergänzen, und geben namentlich darauf aus, die Männerarbeit durch Frauenarbeit zu ersetzen. Die Provinz steht indes ganz auf Seiten der Commis, schon in der Hoffnung, die erdrückende Konkurrenz der großen Pariser Etablissemens im Schach halten zu können.

Paris, 21. Okt. Das Bulletin der Börse schreibt die Besserung der Kurse dem Gerüchte zu, der Gelehrte Rörper werde schon in den ersten Tagen des November berufen werden.

Die Madrider „Correspondencia“ vom 18. d. M. theilt als Kuriosum mit, daß ein Engländer eine Petition an die Cortes mit dem Vorschlage eingereicht hat, er wolle die spanische Krone auf 10 Jahre mit einer jährlichen Civilliste von 1 Mill. Pfund Sterling annehmen, von welcher Summe er einen Theil für öffentliche Arbeiten verwenden würde.

Aus Gdingen wird gemeldet, daß ein Extrazug, welcher mit den Besuchern des Wettrennens von Kesz zurückkehrte, bei der Station Nidbray (6 englische Meilen von Gdingen) gegen einen Kohlenzug anlieh. Sieben Wagen des Personenzuges wurden vollständig zerschmettert. Der Führer des Kohlenzuges wurde dergestalt verletzt, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Eine große Anzahl Reisende trug erheblichere oder leichtere Verletzungen davon, und daß nicht viele Menschenverluste zu beklagen sind, ist wohl nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die zerrütteteren Wagen der ersten Wagenklasse angehörten und nur wenige Reisende enthielten.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 22. Okt. Se. Königl. Hoheit der Großherzog haben unterm 9. Juli d. J. aus der Zahl der von dem erzbischöflichen Kapitelsvikarier der Großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber den Pfarrer Anton Seyer von Schlierstadt auf die katholische Pfarrei Bilsbamb, Defonats Lauba, gnädigst zu bezeichnen geruht und ist derselbe am 23. September d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Karlsruhe, 22. Okt. Das heute erschienene Verordnungsblatt der Großh. Verkehrsverwaltung enthält Bekanntmachungen: 1) Die Eröffnung des Betriebs auf der Bahnstrecke Lauda-Königsbrunn-Mergentheim betr. Darnach wird diese Strecke am 23. d. M. — gleichzeitig mit Eröffnung des Betriebs auf der württembergischen Bahnstrecke Mergentheim-Grailsheim — dem regelmäßigen Betrieb für die Personen-, Gepäck-, Equipagen-, Thiere- und Güterbeförderung übergeben werden. Der Fahrplan auf dieser Bahnstrecke wird nach Maßgabe der in dem allgemeinen Fahrplan für den Winterdienst vom 15. d. M. an bereits enthaltenen Fahrordnung stattdessen. 2) Den Winterdienst der Bodensee-Dampfschiffe betr. Nach der für die Dampfschiff-Fahrten auf dem Bodensee und Rhein zwischen den beteiligten Verwaltungen für den Winterdienst getroffenen Vereinbarung finden die betreffenden Dampfschiff-Fahrten vom 15. Okt. d. J. an nach Maßgabe eines Kursplanes statt, welcher dem Verord.-Bl. angehängt ist.

Karlsruhe, 20. Okt. Die heute abgehaltene Diözesan-synode der Stadt- und Land-Kirchen der Diözese Karlsruhe beschäftigte sich unter Vorsitz des Dekan Hofprediger Doll zunächst beinahe zwei Stunden lang mit dem trefflichen eingehenden Bericht über die kirchlichen Zustände der Diözese, der von Hrn. Stadtpfarrer Eisenlohr erstattet wurde. Bei Besprechung des Unterrichts stellte Stadtpf. Zittel den Antrag, den evang. Oberkirchenrath zu ersuchen, derselbe möge für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten ein Lehrbuch entwerfen lassen und dasselbe nach vorheriger Mittheilung an die Synoden zur Einführung bringen. Dasselbe solle für 3 Jahreskurse 1) Bibelkunde, 2) Kirchengeschichte, 3) Glaubens- und Sittenlehre enthalten. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nach den erfolgten Neuwahlen, wobei die bisherigen Herren wieder gewählt wurden, und nach der Genehmigung einer Diözesan-Kirchenkollekte für die Gemeinde Philippsburg kam ein Antrag von Hrn. Eisenlohr von Gernsbach zur Verhandlung, dahin gehend: „a) durch Vermittlung der Oberkirchenbehörde möge an S. M. H. den Großherzog als obersten Schirmherrscher der Kirche die ehrsüchtige Bitte gerichtet werden, daß Höchstdieselbe die betreffende Verordnung in einer der Würde der Kirche und der Heiligkeit der Feiertage entsprechenden Weise und den von der Oberkirchenbehörde geäußerten Wünschen gemäß wolle revidiren lassen; b) es sei von der Synode eine Ansprache an die evang. Gemeinden zu richten, worin die treue Beobachtung der christlichen Sonn- und Festtagefeier aus Gewissensüberzeugung und abgesehen vom staatlichen Gebot an's Herz gelegt wird.“ Nach langer sehr lebhafter Debatte wurde dieser Antrag mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt, welche letzteren sodann durch Kirchentath Roth eine mitgebrachte schriftliche Erklärung über die Rechte und Pflichten des Landesbischofs zu Protokoll gaben, welche uns nicht zu Handen ist, aber wohl nächster Tage in dem „Ev. Kirchen- und Volksblatt“ und der „Warte“ zu lesen sein wird. Von eben denselben Stimmen (Roth, Zimmermann, Eisenlohr und Bürgermeister Grabwälder von Stausenberg) wurde der Antrag des Hrn. Zittel bekämpft, die Synode wolle an den evang. Oberkirchenrath das Ersuchen richten, derselbe möge ein kürzeres, in den einzelnen Erzählungen abgerundeteres Lehrbuch der wichtigsten biblischen Geschichten für die unteren und mittleren Klassen der Volksschule aus den vorhandenen auszusuchen (wie etwa die Galder biblischen Geschichten) oder auf Grund des jetzigen oder eines andern Lehrbuches ein neues entwerfen lassen, um dasselbe den Diözesansynoden des Jahres

1870 nach § 80 der Kirchenverfassung zur Aeußerung vorzulegen, damit durch die nächste Generalsynode die Einführung eines neuen Lehrbuches erfolgen könne.“ Nach Annahme dieses Antrags und dem Vortrag einer weiteren mitgebrachten schriftlichen Protesterklärung der genannten 4 Herren wurde die Synode geschlossen, welche im Ganzen in sehr belebter aber doch friedlicher Weise verlief.

Karlsruhe, 22. Okt. Die „Allg. Ztg.“ bringt einen längeren Aufsatz unter der Ueberschrift: „Ein Aufenthalt in der landwirthschaftl. Centralausstellung zu Karlsruhe“ von Ernst Hallier, der mit folgenden Sätzen beginnt: „Keinen eigentümlicheren Kontrast kann es geben als denjenigen, welchen man beim Besuch zweier großen Ausstellungen, der internationalen Gartenbau-Ausstellung zu Hamburg und der landwirthschaftl. Centralausstellung zu Karlsruhe, gewahrt. Wenn die Hamburger Ausstellung, welche sich auf ein verhältnißmäßig kleines Gebiet beschränkte, durch ein unvergleichlich schönes Terrain in der Nähe des Hafens und durch im ganzen recht geschmackvolle Benutzung desselben in der Erinnerung der Besucher einen unaussprechlichen Eindruck hervorrief, so war es in Karlsruhe besonders die überflüssige und instruktive Anordnung eines außerordentlich reichen Materials aus dem weiten Bereich der Landwirthschaft und aller verwandten Fächer, welches auf einem recht schönen, großen, wenn auch nicht gerade glänzenden (!) Terrain ausgebreitet war, wodurch der Fremde nicht bloß zur Befriedigung seiner Neugierde, sondern zur Erweiterung seiner Kenntnisse die höchste Anregung erhielt. In didaktischer Beziehung übertraf, nach einmüthigem Urtheil aller anwesenden Gelehrten, die Ausstellung zu Karlsruhe die meisten ähnlichen Veranstaltungen, welche bisher in Europa stattgefunden haben.“

Aue bei Durlach, 20. Okt. (Warte.) Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich bei der gestrigen Weinlese dahier im sog. Auer Berg ereignet. Eine brave Bürgerfrau von Aue, welche vor etwa 8 Jahren ihre goldene Hochzeit gefeiert, konnte gestern bis Mittag halb 2 Uhr noch in gewohnter Rührigkeit bei den Herbstarbeiten in ihrem Weinberg mithelfen, als plötzlich in ihrer unmittelbaren Nähe aus Unvorsichtigkeit ein Schuss erfolgte, der sie sogleich ohnmächtig niederstredete und in Folge dessen sie schon nach einer Stunde verschied. Da der junge Mensch, der den unglücklichen Schuss gethan, sonst einen ganz unbescholtenen Ruf hat und dazu noch in einem nahen Verwandtschaftsverhältniß zu der Familie der Verstorbenen steht, so ist die Theilnahme für beide Theile hier eine allgemeine.

Bruchsal, 20. Okt. (Heidelb. Ztg.) In den letzten Tagen sind etwa 50 junge Leute nicht nur vom Inlande, sondern auch aus den benachbarten Staaten dahier eingetroffen, welche sich in das hiesige Internationales Institut aufnehmen ließen, um sich zum Militärdienste als einjährig freiwillig Dienende vorzubereiten. Diese Anstalt ist überhaupt so stark besucht, daß die Räume des sehr großen Gebäudes, in dem sich die Wohnungen der Schüler befinden, nicht mehr zur Unterbringung der letzteren hinreichen und, dem Bedürfnisse zu entsprechen, mehrere Zimmer in benachbarten Häusern gemietet werden mußten. — Der Herbst hat gestern dahier begonnen. Mit der Qualität des Mostes ist man zufrieden, dagegen nicht mit der Quantität, weil man sich ein größeres Ertragniß nach dem Stande der Weinberge versprochen hatte.

Bruchsal, 20. Okt. (V. L. Ztg.) Diesen Vormittag traf eine größere Anzahl Abgeordneter der Zweiten Kammer hier ein, um von den Einrichtungen der hiesigen Strafanstalten Einsicht zu nehmen.

Heidelberg, 20. Okt. (V. L. Ztg.) Bis jetzt haben sich etwa 130 neu angekommene Studierende angemeldet. Am nächsten Freitage wird die erste Immatriculation vorgenommen werden. — Eine Anzahl von akademischen Lehrern hat einen Zyklus von Vorlesungen eröffnet, durch deren Vortrag ein weiteres Chorfenster mit Glasmalereien für die restaurirte Peterskirche hergestellt werden soll. Sie beginnen am 6. Nov. mittelst eines Vortrags des Geh. Rath Blunckli über nationale Staatenbildung; am 10. Nov. wird Prof. Holzmann über das Buch des H. J. G. Sprengel, am 20. Kirchenrath Schenkel über Luther in Worms und in Wittenberg, am 27. Prof. Wattenbach über die Siebenbürger Sachsen, am 11. Dez. Prof. Duden über Humanismus und Reformation, am 18. Dez. Prof. Zeller schließlich über Lessing als Theologe.

Gestern sollte vor der Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts eine Anklage des Staatsanwalts gegen den „Pfälzer Boten“ und „Bad. Beobachter“, bezw. deren Redakteure Schweiß und Verberich, wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verhandelt werden. Da der Letztere aber nicht erschienen war, wurde die Verhandlung vertagt. Am eine Verhaftung eben desselben abzuwenden, erbot sich der vertretende, hier anwaltliche Anwalt, Dr. Schulz, für ihn Kaution zu stellen.

Mannheim, 20. Okt. (Mannh. Tagbl.) Dem Vernehmen nach soll der Gemeinderath unserer Stadt in seiner gestrigen Sitzung beschlossen haben, die Gemeinderathssitzungen künftig öffentlich abzuhalten.

Mannheim, 21. Okt. Gestern geschah in Ludwigshafen, wo eine Generalversammlung sämtlicher Aktionäre der pfälzischen Bahnen anberaumt war, ein wichtiger Schritt im bayrisch-pfälzischen Eisenbahn-Wesen; es ist dies die Vereinigung sämtlicher Aktien-Eisenbahn-Gesellschaften — der pfälzischen Ludwigshafen, Maximiliansbahn, Neustadt-Dürkheimer Bahn und der pfälzischen Nordbahnen — zum Zweck des Ausbaues des pfälzischen Eisenbahnnetzes, zur Befestigung der Konkurrenzverhältnisse und zur Vereinfachung der Verwaltung zu einer Gemeinschaft des Betriebs und Ertrags, vom 1. Jan. 1870 beginnend, unter der Firma: „Die vereinigten pfälzischen Eisenbahn-Gesellschaften“. Es waren 524 Aktionäre mit 9774 Aktien und 1535 Stimmen vertreten. Mit Ausnahme einiger Aktionäre der Ludwigshafen-Gesellschaft sprachen sich sämtliche Anwesenden für die Fusion aus.

Ueber die neue Eisenbahnlinie Jarsfeld-Dierburken entnehmen wir dem „Württ. Staatsanz.“ folgende Notizen. Jarsfeld ist gemeinschaftliche Station zwischen Württemberg und Baden, da hier, neben den württembergischen Linien Jarsfeld-Dierburken und Jarsfeld-Hildbronn, die badische Bahn nach Neckenheim und Heidelberg verläuft. Letztere führt mittelst einer eisernen Bogenbrücke über den Neckar. Der landschaftliche Reiz, welchen das gegenüber liegende Wimpfen gewährt, wird vermehrt durch die Bahnanlage, welche sich an der Höhe von Wimpfen hinzieht. Die Bauten auf der Station Jarsfeld sind übrigens noch nicht vollendet. — Die Bahn nach Dierburken verläuft, mächtig ansehnlich, in einem großen Bogen die Station und das Neckartal, tritt in das untere Jarsfeld ein, zieht sich am linken Ufer unterhalb des Schlosses und oberhalb

der Mühle von Heuchlingen hin, ein Punkt, welcher für die Anlage der Bahn große Schwierigkeiten bot, und erreicht dann die Station Griesheim. Von Griesheim ab folgt die Bahn den starken Krümmungen des Jarsbales, in mehr oder weniger tiefen Muldenkalkfels eingeschnitten; in Heuchlingen mußten mehrere Gebäude weichen und der Eisenhammer verlor die Wasserwerk-Einrichtung, so daß der Hammer nun stille steht und auch die Jart selbst gegen die rechte Seite des Thals gedrängt wurde. Bald hinter Griesheim tritt die Bahn auf badisches Gebiet über, verläßt aber dasselbe wieder hinter der Station Neudena. Sie folgt fortwährend in starken Krümmungen der Jart und erreicht die Stationen Siglingen und Züttlingen. Die letztere Station ist ganz nahe der Zuckerfabrik gelegen, und gewährt eine schöne Aussicht auf das Thal mit den Schloßern Assumstadt und Domeneck. Bei der nächsten Thalkrümmung wird die Jart mittelst einer Brücke von 4 Oeffnungen, je 20 Fuß weit, überschritten, deren eiserner Oberbau im Gewichte von 5000 Pfd. eine eigentümliche Bogentendenz zeigt, wie sie ähnlich vorher nur an einer der Brücken der Jartbahn bei Paris ausgeführt war. Aesthetische Rücksichten haben besonders die Wahl dieser Konstruktion bestimmt. — Hinter der Station Mädmühl tritt die Bahn in das Neckartal ein, das enger als das Jarsthal, noch ausgebehnere Erdarbeiten und Flusskorrekturen nöthig machte. 1/4 Stunde oberhalb der Station Roigheim tritt die Bahn auf badisches Gebiet, überschreitet die Neckar mit einer Brücke von 3 Oeffnungen, eine mit circa 60 Fuß, 2 mit 30 Fuß Weite, mit eisernem Fachwerk konstruirt. Es folgen die Stationen Sennfeld und Aelsheim; hier tritt die Bahn in das Rinauthal ein, wo sie die badische Oberrheinbahn und, circa 1/4 Stunde lang dicht neben dieser hinziehend, die Anschlussstation Dierburken erreicht. Vorher wird der Rinauthal noch mit einer eisernen 74 Fuß weiten Brücke überschritten. Die ganze Höhe, welche von Jarsfeld bis Dierburken mit der Maximalkneigung von circa 1:200 erklimmt wird, beträgt 323' (Jarsfeld 532' über dem Meer, Dierburken 855' über dem Meer). — Die ganze Länge beträgt 10 Stunden, wovon 4 Stunden auf badisches Gebiet liegen. Die Bahn ist durchaus einspurig, der Bau begann zwischen Jarsfeld und Griesheim im Spätjahr 1866, auf den übrigen Strecken im Sommer 1867.

Dienburg, 20. Okt. (V. L. Ztg.) Die Auslieferung der beiden Schuhmachergesellen Döblich und Steibel, welche wegen des an Fabrikant Mathis von Freiburg in der Nähe von Antogast verübten Raubmordes in Untersuchung genommen und in Straßburg verhaftet sind, ist nunmehr von der kais. französischen Regierung, nachdem die durch den bestehenden Staatsvertrag vorgesehenen Formalitäten erledigt sind, zugestanden worden, und die beiden Verhafteten werden bereits morgen zur Verfügung der badischen Behörden gestellt, bezw. in das hiesige Gefängnis abgeliefert werden, um nach erfolgtem Schluß der Untersuchung ihrer Aburtheilung durch das nächste Schwurgericht entgegenzusetzen. Die Angabe eines Frankfurter Blattes, daß eben diese Individuen auch eines Mordes auf französischem Staatsgebiete verdächtig geworden und daß deshalb deren Auslieferung verweigert worden sei, entbehrt jedes Grundes. Würden dieselben badische Unterthanen sein, anstatt daß der Eine dem württembergischen und der Andere dem bayrischen Staatsverband angehört, so würde die von unserer Regierung verlangte Auslieferung längst ohne weiteren Anstand in Vollzug gesetzt worden sein.

Salem, 20. Okt. Am 18. d. M. hat in den herrschaftlichen Neben die Traubenlese begonnen. Die Quantität kann zu 1/2 bis 1/3, die Qualität als gut bezeichnet werden. Nach Dechling wiegt der Nothe von den Neben zu Wangen bei Markdorf 92, Elbling 86, von den herrschaftlichen Neben bei Konstanz (Hard) rother 95 Grad.

Marktpreise.

Karlsruhe, 22. Okt. In der hiesigen Mehlhalle wurden am 20. Okt. zu Durchschnittspreisen per 150 Pfund verkauft: Runkelmehl Nr. 1 15 fl. — kr.; Schwingmehl Nr. 1 13 fl. 30 kr.; Mehl in 3 Sorten 11 fl. 45 kr. In der hiesigen Mehlhalle waren aufgestellt geblieben 35,798 Pfd. Mehl. Eingeführt wurden vom 14. bis 20. Okt. 143,709 Pfd. Mehl. Davon verkauft 179,507 Pfd. Mehl. Uebrigens aufgestellt 144,332 Pfd. Mehl. 35,175 Pfd. Mehl.

Frankfurt, 22. Okt. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 236, Staatsbahn-Aktien 352 1/2, National 57, 1860r Loose 77 1/4, American 57 1/4.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

21. Okt.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelsmel.	Witterung.
Wegm. 7 Uhr	27° 10,5	+ 1,1	0,92	S.W.	klar	frisch, Nebel, Reif
Mitt. 2	27° 10,1	+ 5,6	0,77	"	gs. bed.	trüb, windig, frisch
Nacht 9	27° 10,6	+ 4,6	0,94	"	"	Regen, frisch

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Hermann Kroenlein

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 24. Okt. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Auf Allerhöchsten Befehl: Die Meisterfänger von Nürnberg, Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. „Walthar von Stolzing“ — Hr. Schlösser vom Großh. Hof- und Nationaltheater in Mannheim als Gast.

Dienstag 26. Okt. 4. Quartal. 110. Abonnementsvorstellung. Minna von Barnhelm, Lustspiel in 4 Akten, von G. E. Lessing.

Die auf Allerhöchsten Befehl für nächsten Sonntag angezeigte Vorstellung: „Die Meisterfänger von Nürnberg“, welche durch ein Unwohlsein des Hrn. Brandes bedroht wurde, ist durch eine ganz besondere Gefälligkeit der Mannheimer Theaterverwaltung gesichert worden. Am den verdienten Sänger Hrn. Schlösser, den langjährigen Liebling des Mannheimer Publikums zum Zwecke des Gastspiels in der Rolle des Walthar von Stolzing heurlauben zu können, wurde die in Mannheim für Sonntag in Aussicht genommene Vorstellung abgeändert.

